

Der Kanton hat ein Cybersicherheits-Problem

GPK tadelt Basler Verwaltung Die Geschäftsprüfungskommission beleuchtet in ihrem alljährlichen Bericht Missstände im Staatsapparat. Im Fokus: IT, Bauinspektorat und Polizei.

Sebastian Briellmann, Oliver Sterchi und Anja Sciarra

Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rats (GPK) beleuchtet als oberste Aufseherin über die Basler Verwaltung jedes Jahr Missstände im Staatsapparat, die ihr bei ihren Hearings und Untersuchungen aufgefallen sind. Ein Spezialbericht zur Joggelhalle wurde bereits Anfang April publiziert.

Nun folgt der ordentliche, über 60 Seiten starke Jahresbericht 2023. Nachfolgend eine Übersicht über die wichtigsten Feststellungen.

«Grundlegende Probleme» bei der Cybersecurity

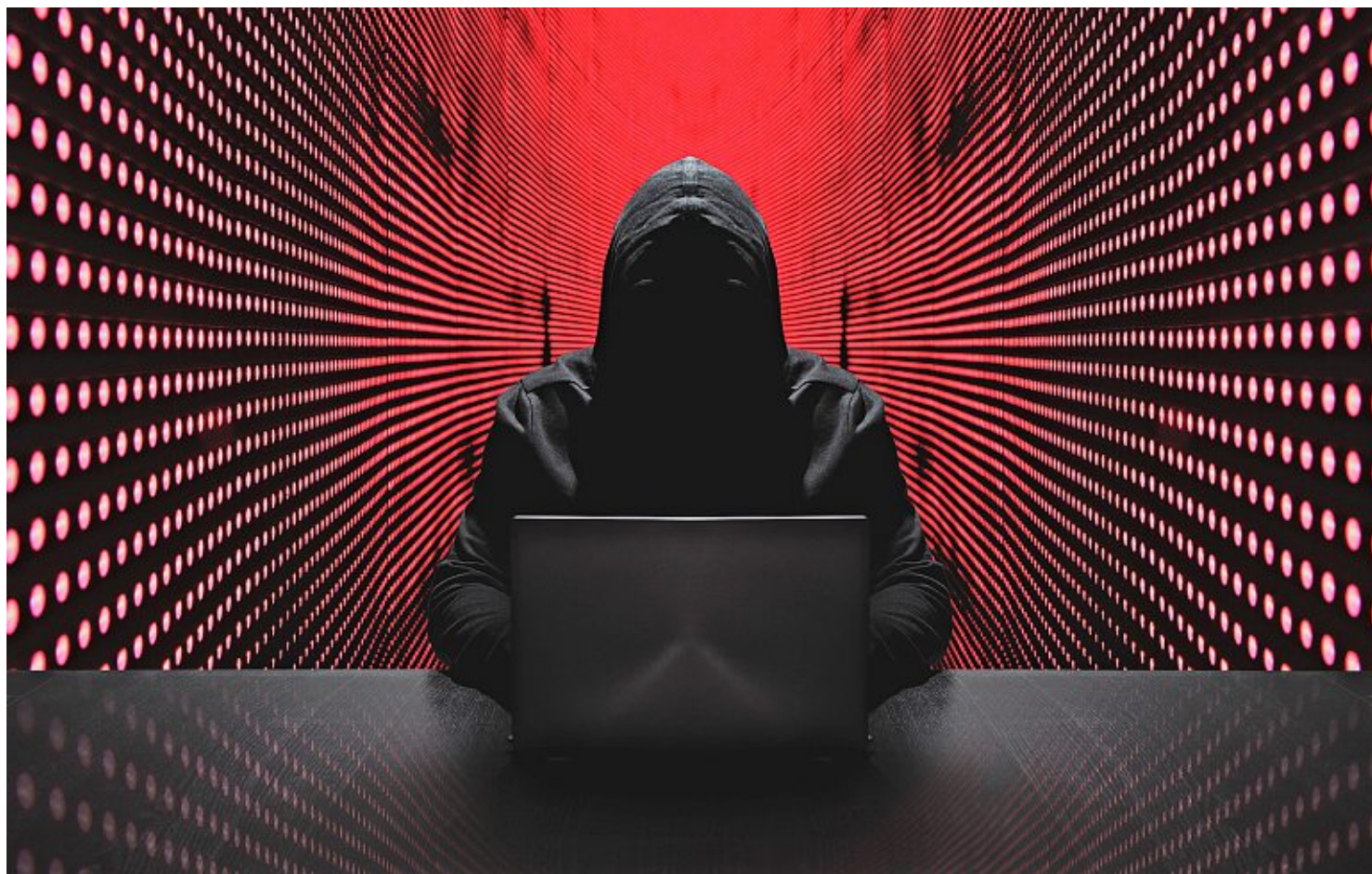
Die GPK bemängelt in ihrem Bericht an verschiedenen Stellen den Umgang des Kantons mit Fragen der Cybersicherheit. So seien Beanstandungen der Finanzkontrolle noch bis vor kurzem «nicht oder in ungenügender Weise» umgesetzt worden. Die GPK verweist in diesem Zusammenhang auf den Hackerangriff auf das Erziehungsdepartement (ED) im Januar 2023, bei dem am Ende auch Schülerdaten im Netz landeten.

Dadurch sei der Basler Öffentlichkeit «eindrücklich vor Augen geführt» worden, «wie wichtig in der Informatik der Schutz sensibler Daten vor Zugriffen Dritter ist und dass im Kanton diesbezüglich grundlegende Probleme zu bestehen scheinen», so die GPK.

Die Kommission stellt denn auch die Forderung auf, «dass die gesamtkantonale IT-Sicherheitsarchitektur gestärkt wird». Sie fordert zudem, dass die IT-Abteilung des Kantons gegenüber der gesamten öffentlichen Verwaltung mit einer Weisungsbefugnis ausgestattet wird.

Weiter kritisieren die Oberaufseher den Umstand, dass die IT-Systeme beim ED noch immer ohne Mehrfachautorisierung auskommen. Die Finanzkontrolle hatte die Einführung einer solchen bereits 2019 empfohlen. «Dass dies nicht geschah, erscheint der GPK als besonders stossend», heisst es im Bericht.

Mehrfachautorisierungen sind heute beispielsweise im E-Banking weitgehend Standard. Die



In Sachen Cybersicherheit fordert die GPK eine Umsetzung der empfohlenen Massnahmen «innerhalb von 6 Monaten». Symbolfoto: iStock

Kommission führt es letztlich auch auf das Fehlen eines solchen Mechanismus zurück, dass der Hackerangriff auf das ED erfolgreich war: «Die GPK erachtet es als höchst problematisch, dass eine schon vor Jahren von ihr und der Finanzkontrolle ausgesprochene Empfehlung zur Mehrfaktorauthentifizierung nicht umgesetzt wurde und ein System mit 40'000 Benutzerinnen und Benutzern nun angegriffen werden konnte.» Sie erwarte, dass die empfohlenen Massnahmen «innerhalb von sechs Monaten umgesetzt» würden.

«Mangelnde Transparenz» beim Bauinspektorat

Seit Monaten steht das Basler Bau- und Gewerbeinspektorat (BGI) in den Schlagzeilen: Architektinnen und Bauherren beklagen sich über lange Bearbeitungszeiten und einen «übermässigen Formalismus», den die Bauinspektoren an den Tag legen würden. Sogar von verloren ge-

gangenen Dossiers ist die Rede. Die BaZ machte unlängst publik, welche Erfahrungen die Architekten in der Region mit dem BGI schon gemacht haben und wie sie sich zum Teil massiv über die Behörde ärgern.

Die GPK hat sich der Sache genauer angenommen. Sie bemängelt unter anderem, dass für Entscheide bei Baubewilligungsverfahren teilweise Kriterien herangezogen werden, die nur in internen Dokumenten erscheinen und für die Betroffenen weder zugänglich noch transparent sind. «Die GPK ist der Ansicht, dass diese mangelnde Transparenz der Rechtssicherheit widerspricht.»

Die Kommission erwartet deshalb, dass diese Weisungen «auf ein absolut unumgängliches Minimum» reduziert und die «relevanten Kriterien» für die Betroffenen nachvollziehbar seien.

«Gravierender Polizei-Unterbstand»

Ganz allgemein hält die GPK fest, dass die Bewerbungen auf Stellenausschreibungen des Kantons rückläufig seien und es anspruchsvoller geworden sei, geeignetes Personal zu finden. Bei der Basler Kantonspolizei ist die Situation bekanntlich besonders prekär.

Waren im Jahr 2018 «nur» 14 Stellen unbesetzt, sind es zurzeit ganze 120. Kommt hinzu: Bis im Jahr 2034 erreichen 150 aktive Basler Polizisten das Rentenalter. Diese allein könnten zwar durch die neu ausgebildeten Personen ersetzt werden. Die zunehmenden Kündigungen würden aber zu einer zusätzlichen Verschärfung der Situation führen. Erst am Mittwoch schilderte ein Ordnungshüter in einem Brief ungeahnt alarmierende Zustände.

Die kurzfristigen Sofortmassnahmen zur Steigerung der Berufsattraktivität sind hinlänglich bekannt: eine befristete Arbeitsmarktzulage beispielsweise. Im Grossen Rat wurde zudem eben-

falls am Mittwoch die Forderung nach einer substanziellen Lohn-erhöhung überwiesen.

Aufgrund dieser bestehenden Forderungen habe sich die GPK «nicht vertieft» mit dem Lohnsystem auseinandergesetzt. Überhaupt verzichtet die Aufsichtskommission darauf, einen Sündenbock für die Problematik auszumachen.

Stattdessen empfiehlt sie dem Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD), das Augenmerk auf andere Massnahmen zu legen, insbesondere der «Erholung» in Form von freien Wochenenden, aber auch der psychologischen Unterstützung des Korps.

«Demo-Statistik soll detaillierter werden»

Im Zusammenhang mit der Kantonspolizei beugte sich die GPK auch über den oft kontrovers debattierten polizeilichen Umgang mit den zunehmenden Demonstrationen. Auf eine inhaltliche Kritik zur Führung des Departement-

ments verzichtete die Aufsichtskommission.

Konkrete Änderungen fordert die GPK hingegen bei der 2023 zweitemalig publizierten Demo-Statistik des JSD. Diese ist zurzeit nur nach Anzahl Mahnwachen, Standkundgebungen und Demonstrationen unterteilt. Die GPK bemängelt, dass darin nicht auch nach Demo-Grösse und dem polizeilichen Aufwand unterschieden wird. Die absoluten Zahlen würden «ein falsches Bild vermitteln», wohingegen eine detailliertere Aufschlüsselung die Aussagekraft der Statistik erhöhen würde. Fortan sollen diese Faktoren also zur besseren Gewichtung ebenfalls statistisch erfasst werden.

«Gleichstellungsabteilung zu wenig divers»

Im Präsidialdepartement (PD) gibt es noch einen weiteren Fall, den die GPK kritisch beäugt hat. Er betrifft die Abteilung für Gleichstellung und Diversität. Der Vorwurf der GPK hier: Ausgerechnet diese Fachstelle ist zu wenig divers. Von 17 Angestellten sind 14 Frauen, eine Person ist nonbinär. Bleiben mickrige zwei Männer.

Das PD argumentiert unter anderem damit, dass sich Männer «tendenziell weniger für Gleichstellungsthemen interessieren». Zudem bemühe man sich, die Stellen explizit auch für Männer (und Nonbinäre) auszu-schreiben, und man mache über Männernetzwerke neue Stellenausschreibungen publik.

Die GPK anerkennt die Schwierigkeiten und die Versuche, kontert aber: «Die Beobachtung der Aktivitäten durch die GPK zeigen jedoch eine eher lückenhafte Umsetzung dieser Massnahmen. So publizierte die Abteilung Gleichstellung zeitgleich mit der Beantwortung der GPK-Fragen eine Praktikumsstelle, die keinen entsprechenden Willkommensvermerk an nicht-weibliche Bewerbende enthielt.» Weiter habe man auf Nachfrage bei «drei bedeutenden Fachorganisationen der Region Basel» erfahren, «dass sie noch nie zwecks Verbreitung einer Stellenausschreibung von der Verwaltung kontaktiert worden seien».

«Es gibt Departemente, die nur möglichst gut dastehen wollen»

SP-Grossrat Tim Cuénod steht seit Dezember der mächtigen Geschäftsprüfungskommission vor. Im Interview spricht er erstmals seit seiner Amtsübernahme über die (fehlende) Fehlerkultur in der Verwaltung.

Ein besonderer Fokus im GPK-Bericht 2023 betrifft die Cybersicherheit. Es kommt vor, dass selbst schwere IT-Beanstandungen der Finanzkontrolle in der Verwaltung weitgehend ignoriert werden. Wie ist das möglich, Herr Cuénod?

Vorweg: Meistens wird die Finanzkontrolle sehr ernst genommen. Manchmal gibt es auch legitime Meinungsunterschiede in der Verwaltung. Es kann aber auch sein, dass eine Stelle einer

IT-Frage keine grosse Bedeutung beimisst, in verschiedenen Departementen werden Mindeststandards nicht eingehalten. Die GPK fordert deshalb via Motion eine zentralisierte Informatikstelle, die departementsübergreifend weisungsbefugt ist.

Altbekannte Probleme gibt seit Jahren auch im Bauinspektorat. Verbesserungen sind nicht wirklich in Sicht. Bräuchte es hier nicht auch eine Kommissionsmotion, um endlich vorwärtszukommen?

Im Bauinspektorat haben wir erhebliche Mängel festgestellt. Aber auch gewisse Fortschritte. Beispielsweise wurde der Pendenzenberg etwas kleiner, Bewilligungsverfahren in gewissen Bereichen vereinfacht. Trotzdem



«Wir wünschen uns ganz einfach einen ehrlichen Bericht.»

Tim Cuénod
Präsident der
Geschäftsprüfungskommission

sind die Mängel schwer. Die Kundenfreundlichkeit lässt zu wünschen übrig. Die GPK hat klar benannt, was es braucht. Man soll weniger verhindern und mehr ermöglichen. Klar ist, dass wir weiterhin genau hinschauen werden.

Die Beanstandungen der GPK wiederholen sich immer wieder mal: Wie beurteilen Sie die Fehlerkultur in der Verwaltung grundsätzlich?

Unterschiedlich gut. Es gibt Abteilungen, die offen und transparent mit Fehlern umgehen. Die Probleme benennen und auch Rechenschaft ablegen. Dann gibt es andere, wo es – das ist die Wahrnehmung der GPK – darum geht, die Arbeit möglichst gut darzustellen und offensichtliche Probleme nicht anzugehen. Es

braucht in der Verwaltung eine Kultur, wo man Fehler machen darf, diese aber auch offenlegt und Massnahmen ergreift.

Die GPK hat auch die Art und Weise der Berichterstattung des Regierungsrats kritisiert. Sein Jahresbericht solle als Rechenschaftsbericht daher kommen und nicht als «Hochglanzbroschüre». Wie ist das konkret gemeint?

Jahresbericht und Legislaturplan sind wichtige Dokumente, sie dürfen durchaus ansprechend gestaltet sein. Wir wollen mit der Aussage etwas anderes kritisieren: dass ganze Abteilungen und Departemente in erster Linie darauf aus sind, ihre Arbeit in ein vorteilhaftes Glanzlicht zu rücken. Das betrifft neben dem Jah-

resbericht auch den Legislaturplan und die Legislaturziele, welche sich die Regierung alle vier Jahre steckt. Wir wollen wissen, ob diese erreicht wurden. Konkret erwarten wir jetzt kurzfristig eine Legislaturbilanz: Dabei geht es darum, aufzuzeigen, welche Ziele und Massnahmen erreicht und umgesetzt wurden – und welche nicht. Wir wünschen uns ganz einfach einen ehrlichen Bericht.

Welches Departement hat am meisten PR betrieben?

Wir haben bewusst darauf verzichtet, dies im vorliegenden Jahresbericht zu benennen. Es kann aber sein, dass wir das in Zukunft anders handhaben, wenn uns dies negativ auffällt.

Anja Sciarra